

Wer zur Wahl steht. Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen 1991 bis 2011

Durch ihre Stimmabgabe bei den Kommunalwahlen 2011 haben rund 3,36 Millionen niedersächsische Wählerinnen und Wähler ihren gesellschaftlichen Gestaltungswünschen Ausdruck verliehen und sich aktiv politisch beteiligt. Für diese Form der politischen Partizipation entschieden sich am Wahltag im September 2011 52,5 Prozent der 6,4 Millionen Wahlberechtigten. Mit Schließung der Wahllokale um 18 Uhr war die direkteste Form der Einflussnahme „der Vielen“ auf die Politik bekundet; für die kommenden fünf Jahre wurde die Macht der Bürgerinnen und Bürger auf diesem Wege an 30 126 Mandate delegiert.¹⁾ Mit der Auszählung der Stimmzettel entschied sich, welche Kandidatinnen und Kandidaten einen oder mehrere der Sitze und somit ein politisches Ehrenamt übernehmen werden. Die Bereitschaft zu diesem für die repräsentative Demokratie besonders wichtigen gesellschaftlichen Engagement soll im vorliegenden Beitrag anhand der Zahl der Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen herausgestellt werden. Über einen Zeitraum von 20 Jahren, zwischen 1991 und 2011, wird die Entwicklung während der vergangenen fünf Kommunalwahlen analysiert. Die Ergebnisse zeigen die Veränderungen nach Wahlarten und Geschlecht auf und erlauben ab der Wahl im Jahr 2001 zusätzlich regionalstatistische Auswertungen für Landkreise und kreisfreie Städte.

Politisches Amt oder politischer Protest?

Die politisch engagierten Bürgerinnen und Bürger möchten die Rahmenbedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens gestalten und verändern. Zur Artikulation der Interessen stehen seit jeher verschiedene Wege der Beteiligung bereit, die von der Politikwissenschaft in Formen konventioneller und unkonventioneller politischer Partizipation unterschieden werden.²⁾ Gerade in den vergangenen Jahren dürfte die unkonventionelle Partizipation in Form von Protest wieder an Bedeutung gewonnen haben. Als Stichworte im Rahmen gegenwärtiger Demonstrationen

1) Angaben über Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung beziehen sich auf die Kreistagswahlen 2011. Vgl. Niedersächsischer Landeswahlleiter: Vorläufiges Ergebnis der Kommunalwahlen am 11. September 2011 in Niedersachsen (http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de/download/60993/Vorlaeufiges_Ergebnis_der_Kreis_und_Gemeindewahlen.pdf).

2) Vgl. die einschlägige Literatur wie insbesondere Kaase, Max: „Politische Beteiligung/ Politische Partizipation“, in: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen: Leske+Budrich 2003. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003. Online vollständig abrufbar unter: http://www.bpb.de/wissen/06713986635846339646200579504445,0,Politische_BeteiligungPolitische_Partizipation.html.

und Bürgerbewegungen können „Hartz IV“, Energiepolitik, Bildungspolitik, „Wirtschafts- und Finanzkrise“ oder etwa „Stuttgart 21“ genannt werden.

Gerade das Beispiel „Stuttgart 21“ fokussiert die Fragestellung dieses Beitrags sehr deutlich. Zum einen handelt es sich um ein politisches Projekt, das alle Bürger unmittelbar betrifft (städtebaulich und ökologisch) und in den politischen Gremien diskutiert und beschlossen wurde; zum anderen hat dieses Projekt hingegen kurz vor der Realisierung breiten Protest durch die von den Medien kreierten „Wutbürger“ (Wort des Jahres 2010)³⁾ erfahren. Dieser „Wutbürger“ steht in einem konkreten Fall in Opposition zu einer politischen Entscheidung und vielleicht auch zu den Institutionen der Politik selbst, und wird dann aktiv, wenn eigene Interessen spürbar tangiert werden. Letztlich geht es damit um die Frage: „Selbst gestalten oder sich und sein Umfeld gestalten lassen?“ Nicht zuletzt der Protest zeigt, dass zwar der Wunsch zur Vertretung der eigenen politischen Ansichten durchaus vorhanden ist. Ob damit jedoch auch ein Wille zur mittel- bis langfristigen politischen Gestaltung einhergeht, bleibt offen. Daher ist zu fragen, wie viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich in politischen Institutionen für die eigenen Interessen und die ihrer Mitmenschen zu engagieren? Nur auf der kommunalpolitischen Ebene ist ein solches Engagement (mit Ausnahme der hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Landrätinnen und Landräte) dem Bereich „Ehrenamt“ zuzuordnen, weil Politik hier nicht zum Beruf wird.

Für Niedersachsen und seine Regionen kann zu dieser Diskussion ein Beitrag anhand der Auswertung von Kandidaturquoten bei Kommunalwahlen geleistet werden. Zugleich soll sich zeigen, ob die Kandidaturquote ein geeigneter Indikator ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie seine Entwicklung in regionaler Differenzierung adäquat abzubilden.

Die Aussagekraft von Kandidaturquoten ist in einem Punkt allerdings von vorn herein eingeschränkt: Es zählt, wer auf der Liste steht. Es kann nicht berücksichtigt werden, ob jemand nur Zählkandidatin oder -kandidat auf einem hinteren Listenplatz ist und damit die tatsächliche Mitar-

3) Die Gesellschaft für deutsche Sprache veröffentlicht jährlich das Wort des Jahres, das charakteristisch für die öffentliche Diskussion zu jener Zeit stehen soll und damit auch als ein kulturelles Zeugnis der politischen Lage verstanden werden kann (<http://www.gfds.de/aktionen/wort-des-jahres/>).

beit in einem Gremium nach der Wahl nur sehr unwahrscheinlich ist. Zumindest ein Interesse an längerfristigen Planungen, die das eigene Umfeld betreffen, darf aber angenommen werden.

Die Auswertung der vorliegenden Daten⁴⁾ setzt zunächst wichtige wahlrechtliche und methodische Ausführungen⁵⁾ voraus:

Grundzüge des niedersächsischen Kommunalwahl-systems

In die Betrachtung werden alle Bewerberinnen und Bewerber bei Niedersächsischen Kommunalwahlen seit 1991 aufgenommen und soweit möglich regional gegliedert nach Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Die Kandidaten standen am 11. September 2011 für etwa 2 220 kommunale Vertretungen zur Wahl. Direktwahlen für *hauptamtliche* Posten werden in dieser Analyse ausgeklammert. Je nach Konstellation (Mitgliedsgemeinde von Samtgemeinden oder Einheitsgemeinde) wird in kreisangehörigen Gemeinden inklusive der Direktwahlen zu bis zu fünf Wahlen aufgerufen. Die Wahlen der verschiedenen Vertretungen gliedern sich in Niedersachsen in Kreistagswahlen, Samtgemeinderatswahlen, Gemeinderatswahlen und Stadtbezirks- bzw. Ortsratswahlen. Diese vier Ebenen der Kommunalwahlen werden im Folgenden als Wahlarten bezeichnet. Kandidieren kann, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, die deutsche Staatsangehörigkeit oder die eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzt, nicht aufgrund einer zivil- oder strafrechtlichen Gerichtsentscheidung von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist und seit mindestens einem halben Jahr im Wahlgebiet wohnt. Dann besteht die Möglichkeit, sich auf der Liste einer politischen Partei oder Wählergruppe aufstellen zu lassen oder als Einzelbewerberin oder Einzelbewerber anzutreten.⁶⁾

Durch die verschiedenen kommunalen Vertretungen ist es möglich, dass einige Bewerberinnen und Bewerber auf mehreren Listen bei verschiedenen Wahlarten kandidieren. Wer in den Gemeinderat gewählt werden will, plant möglicherweise auch, die Interessen der Gemeinde im Kreistag vertreten zu wollen. Mehrfach engagierte Bürgerinnen und Bürger führen dadurch in dieser Auswertung

4) Der Dank für das Bereitstellen und die Übermittlung sämtlicher verwendeter Daten zu Bewerberinnen und Bewerbern bei niedersächsischen Kommunalwahlen geht an die Geschäftsstelle der Niedersächsischen Landeswahlleiterin. Zusätzlich wurden Aggregatdaten den entsprechenden Pressemitteilungen entnommen.

5) Inhaltlich und vor allem hinsichtlich der Methodik setzt dieser Beitrag an einem Aufsatz zum selben Thema an, der die Kommunalwahlen von 1991 bis 2006 in den Blick nimmt. Die Methode soll deshalb nur kurz dargestellt werden. Für eine ausführliche Beschreibung vgl. Huter, Jessica: „Bürgerschaftliches Engagement am Beispiel der Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen“, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 11 (2010), S. 568-576.

6) Vgl. http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de/portal/live.php?&article_id=76201&navigation_id=20035&psmand=21. „In kreisfreien Städten ist nur der Rat der Stadt zu wählen. In Hannover und Braunschweig wird zusätzlich die Zusammensetzung von Stadtbezirksräten bestimmt“ (vgl. ebd.).

zu Mehrfachzählungen, was jedoch für eine „Quote des Engagements“ unerheblich ist. Selbiges gilt für die jeweilige Zahl der zu besetzenden Ratssitze, von der zwar ein relativer Einfluss auf die Anzahl der Kandidaturen zu erwarten ist, die aber ihrerseits wiederum von der Einwohnerzahl bestimmt wird: In kleinen Gemeinden und Samtgemeinden mit bis zu 500 Einwohnerinnen und Einwohnern werden sechs Ratsfrauen und Ratsherren gewählt, und der Rat von Gemeinden mit mehr als 600 000 Einwohnerinnen und Einwohnern setzt sich aus 66 Mitgliedern zusammen. Maximal 70 Abgeordnete bilden einen Kreistag und 84 Repräsentanten sitzen in der Regionsversammlung Hannover.⁷⁾

Auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte wurden schließlich alle Kandidaturen addiert. Um die oben beschriebenen Voraussetzungen methodisch zu berücksichtigen, wird vorwiegend anhand der *Kandidaturquote* beschrieben: Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber wird auf die Bevölkerung im Alter von 18 Jahren und älter in den jeweiligen Gebietseinheiten bezogen und je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner dieser Altersgruppen abgebildet. Zudem sollten insbesondere die Landkreise untereinander und die kreisfreien Städte untereinander verglichen werden, da bei diesen weniger Vertretungen gewählt werden. Auch die Heterogenität der niedersächsischen Landkreise in Bezug auf ihre Gemeindestruktur (viele Einheitsgemeinden / viele Samtgemeinden) kann die Vergleichbarkeit der Ergebnisse etwas einschränken.⁸⁾

Kandidaturquote nur bei Kreistagswahlen stabil

Mit einer Kandidaturquote von 1,9 (Kandidaturen je 1 000 Einwohner im Alter von 18 Jahren und älter) bei den niedersächsischen Kreistagswahlen 2011 ist die Bereitschaft der Bürger, sich bei Kreiswahlen aufzustellen, in den vergangenen 20 Jahren stabil geblieben (+ 0,1 %-Punkte gegenüber 1991). Die absolute Zahl der Bewerber verzeichnet sogar einen Zuwachs von 1 225 auf 12 351 im Jahr 2011, was nur bei dieser Wahlart im Zeitraum von 1991 bis 2011 der Fall ist. Allerdings ist die Quote auf Ebene der Kreise vergleichsweise am geringsten. Bei den Gemeinderatswahlen kandidierten 2011 6,3 von 1 000 Einwohnern, bei den Samtgemeinderatswahlen waren es 6,5 von 1 000 Einwohnern. Dagegen zeigt die Entwicklung gegenüber den Kommunalwahlen 1991 einen negativen Trend mit - 1,3 %-Punkten bzw. - 1,5 %-Punkten. Dies spiegelt sich in der Kandidaturquote für alle Wahlarten wider, die um - 1,0 %-Punkte rückläufig ist. 11 Bürger

7) Vgl. § 46 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) (<http://www.nds-voris.de/jportal/?quelle=jlink&query=KomVerfG+ND&psml=bsvorisprod.psml&max=true>).

8) Vgl. Huter, Jessica: „Bürgerschaftliches Engagement am Beispiel der Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen“, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen, Heft 11 (2010), S. 568-576: S. 569.

1. Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen 1991 bis 2011 nach Wahlarten

Wahlarten	1991	1996	2001	2006	2011	Veränderung 1991/2011
	absolut					absolut
Kreistage (in LK) bzw. Stadträte (in kreisfreien Städten) sowie Regionsversammlung Hannover ⁵⁾	11 126	12 448	11 930	11 795	12 351	+ 1 225
Gemeinderäte (einschl. gemeindefreie Bezirke) ^{1) 2)}	36 073	38 260	38 934	36 653	35 771	- 302
Samtgemeinderäte	8 554	9 029	8 816	9 494	7 938	- 616
Stadtbezirks- bzw. Ortsräte	17 917	18 857	18 291	16 907	16 617	- 1 300
Wahlarten insgesamt	73 670	78 594	77 971	74 849	72 677	- 993
	je 1 000 Einwohner im Alter von 18 Jahren und älter⁴⁾					%-Punkte
Kreistage (in LK) bzw. Stadträte (in kreisfreien Städten) sowie Regionsversammlung Hannover ⁵⁾	1,8	2,0	1,9	1,8	1,9	+0,1
Gemeinderäte (einschl. gemeindefreie Bezirke) ^{1) 2)}	7,6	7,7	7,0	6,5	6,3	-1,3
Samtgemeinderäte	8,0	7,9	7,4	7,8	6,5	-1,5
Stadtbezirks- bzw. Ortsräte ³⁾	-	-	-	-	-	-
Wahlarten insgesamt	12,1	12,5	12,2	11,5	11,1	-1,0

1) Die Wahlen in den gemeindefreien Bezirken wurden bei der Kommunalwahl 1991 zur Wahlart "Stadtbezirks- bzw. Ortsräte" gezählt; bei den folgenden Wahlen wurden sie der Wahlart "Gemeinderäte" zugeordnet.

2) Umfasst Wahlen in den Einheitsgemeinden sowie den Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden. Sofern es sich bei den Gemeinden um Städte handelt, sind hier auch Stadträte kreisangehöriger Gemeinden enthalten.

3) Für diese Wahlart sind hier keine Angaben möglich. Die Zahl der Kandidaturen ist jedoch unter "Wahlarten insgesamt" eingeflossen.

4) Einwohner der jeweiligen Kategorie von Gebietskörperschaften am 31.12. des Wahljahres mit Ausnahme der Kommunalwahlen 2011: Bevölkerung zum 31.12.2010. Bevölkerung zum 31.12. des Wahljahres liegt noch nicht differenziert nach Altersgruppen vor.

5) Die Stadt Hannover und der ehemalige Landkreis Hannover bilden seit 01.11.2001 die Region Hannover; bereits bei der Kommunalwahl vom 09.09.2001 wurden beide als Region Hannover behandelt. Die Wahlen zum Rat der Stadt Hannover sind seither in der Wahlart Gemeinderäte enthalten und die Regionsversammlung wird statistisch wie ein Kreistag behandelt.

(Kommunalwahlen 2011) statt zuvor 12 Bürger (Kommunalwahlen 1991) von jeweils 1 000 Einwohnern standen zur Wahl. 72 677 Personen wollten sich 2011 auf diesem Wege politisch engagieren (vgl. Tabelle 1).

Diese sinkenden Quoten setzen aber vor allem, mit Ausnahme der Samtgemeinderatswahlen, mit den Kommunalwahlen im Jahr 1996 ein. Zwischen 1991 und 1996 ist noch ein leichter Zuwachs an Engagement zu erkennen. Bei allen Wahlarten zusammengenommen wächst die Kandidaturquote in diesen Jahren von 12,1 % auf 12,5 %. Der größte Sprung zwischen zwei aufeinander folgenden Wahlen stellt sich für die Kandidaturquote bei Samtgemeindewahlen ganz aktuell heraus. Waren vor sechs Jahren noch 7,8 von 1 000 Einwohnern bereit, ein politisches Amt zu übernehmen, kandidierten im September 2011 nur 6,5 von 1 000 Einwohnern in Samtgemeinden. Das Niveau bei Samtgemeindewahlen liegt damit aktuell nah dem der Gemeinderatswahlen (6,3 %).

Jeder 100. Niedersachsen steht zur Wahl

Anhand der Kandidaturquote bei Niedersächsischen Kommunalwahlen kann im Zwischenfazit festgehalten werden, dass die rückläufigen Quoten und absoluten Bewerberzahlen auf eine sinkende Beteiligung seit den neunziger Jahren schließen lassen. Einzig die Kreistagswahlen ha-

ben ihren Reiz für politisch Engagierte offenbar nicht eingebüßt. Zudem belegen die relativ niedrigen Quoten das besondere Zahlenverhältnis von Wahlbewerbern und Bevölkerung: Etwa jeder 100. Niedersachse ab 18 Jahren ist bereit, sich für die Interessen der Nachbarschaft oder Gemeinde in einem kommunalen politischen Gremium einzusetzen.

Mehr Wahlbewerberinnen, weniger Wahlbewerber

Für einen Vergleich der Geschlechter liegen Informationen seit den Kommunalwahlen im Jahr 1996 vor (vgl. Tabelle 2). Wie zuvor gezeigt werden konnte, haben sich die markanten Veränderungen ohnehin seit 1996 vollzogen. So wird schon beim Blick auf die absoluten Zahlen der Bewerber deutlich, dass der Rückgang an Wahlbewerbern zwischen 1996 und 2011 (- 5 917) ausschließlich auf das Konto der Männer geht. Dem gegenüber haben sich im vergangenen Jahr 540 Frauen mehr als noch Mitte der neunziger Jahre politisch engagiert. Die weibliche Kandidaturquote lag in diesem Zeitraum nahezu konstant bei 5,4 von 1 000 Frauen über 18 Jahren (mit leichtem Anstieg 2001 auf 5,6 %). Um - 3 % ist die Kandidaturquote der Männer während der vergangenen vier Kommunalwahlen in Niedersachsen gesunken. Von einst 20 von 1 000 volljährigen Männern schließen sich heute noch 17 einem Wahlvorschlag an.

2. Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen 1991 bis 2011 nach Geschlecht (Wahlarten insgesamt)

Geschlecht	1991 ¹⁾	1996	2001	2006	2011	Veränderung 1996/2011
	absolut					absolut
weiblich	-	17 612	18 585	18 037	18 152	+ 540
männlich	-	60 982	59 386	56 812	54 525	- 6 457
insgesamt	73 670	78 594	77 971	74 849	72 677	- 5 917
	je 1 000 Einwohner der entsprechenden Bevölkerung im Alter von 18 Jahren und älter²⁾					%-Punkte
weiblich	-	5,4	5,6	5,4	5,4	-0,0
männlich	-	20,2	19,2	18,0	17,1	-3,0
insgesamt	12,1	12,5	12,2	11,5	11,1	-1,4

1) Die Daten für 1991 entstammen Pressemitteilungen des Landeswahlleiters und liegen nicht differenziert nach Geschlecht vor.

2) Bevölkerung jeweils zum 31.12. des Wahljahres mit Ausnahme der Kommunalwahlen 2011: Bevölkerung zum 31.12.2010. Bevölkerung zum 31.12. des Wahljahres liegt noch nicht differenziert nach Altersgruppen vor.

Drei Viertel der Wahlkandidaten waren 2011 männlich. Die Männer machen also immer noch das Gros der Bewerber aus, wenngleich ihr Engagement kontinuierlich abnimmt. Dafür scheinen sich die Frauen, wenn auch nur mit leichten Zugewinnen, mehr für das politische Feld zu interessieren.

Der zugrunde liegende Datenbestand ermöglicht leider keine Auswertungen nach Altersgruppen. Ob eine Längsschnitt-Untersuchung nach Alter ähnlich interessante Ergebnisse liefern würde, bleibt damit offen. Der „Freiwilligensurvey“ stellt zu dieser Fragestellung fest, dass das politische Engagement – wie auch in diesem Beitrag belegt wird – vor allem von Männern wahrgenommen wird, sich aber die Alters-Schwerpunkte verschieben: „Das politische Engagement der jungen Männer im Alter von bis zu 30 Jahren ging seit 1999 stark und stetig zurück (1999: 6,6 %, 2009: 2,7 %), das der älteren Männer im Alter ab 60 Jahren nahm dagegen stark und stetig zu (1999: 1,7 %, 2009: 6,8 %) (...).“⁹⁾ Noch können die Älteren mit vermehrtem Engagement die sinkende Partizipation der jungen Männer ausgleichen. Sollte dieser Effekt auch für die Zahl der Wahlbewerber bei Kommunalwahlen gelten, könnte sich zukünftig ein Rekrutierungsproblem für Ratsfrauen, Ratsherren und Abgeordnete (bzw. für politische Parteien) auftun.

Osten und Süden politisch engagierter

Regionalisierte Zahlen für Landkreise und kreisfreie Städte zeigen Tabelle 3 und die Karte auf Seite 331. Die jewei-

ge Anzahl der Bewerber und die Kandidaturquoten können für die Jahre bzw. Wahlen 2001, 2006 und 2011 dargestellt werden. Die Veränderungen werden über die gesamte Dekade analysiert, und es wird die prozentuale Veränderung der absoluten Kandidaten und die Veränderung der Kandidaturquoten in Promillepunkten (%-Punkte) dargestellt. Regionale Unterschiede im Land veranschaulicht die Karte. Sie gruppiert die Kreise und kreisfreien Städte zweidimensional nach der Zahl der Kandidaturen je 1 000 Einwohner über 18 Jahren für das Jahr 2011 mit gleichzeitiger Veränderung seit 2001.

Daraus ergeben sich vier Kartenklassen: Gebiete, die in Rottönen dargestellt sind, weisen 2011 eine unterdurchschnittliche Kandidaturquote auf. Blautöne stehen für Quoten über dem Niedersachsenschnitt. Die Trennung in helle und dunkle Farbtöne verdeutlicht unterdurchschnittliche (hell) und überdurchschnittliche (dunkel) Veränderungen.

In 28 Landkreisen und kreisfreien Städten waren die Bürger bei den Wahlen 2011 landsweit überdurchschnittlich engagiert. Mit Ausnahme der kreisfreien Städte und der Region Hannover gilt dies für den gesamten Osten und Süden des Landes. Die Landkreise Lüchow-Dannenberg (24,2 ‰), Wittmund (19,5 ‰) und Wolfenbüttel (18,5 ‰) bilden die Spitze. Mit einer überdurchschnittlichen Entwicklung ihrer Kandidaturquote in der letzten Dekade sind 14 Landkreise dunkelblau markiert, wobei nur die Landkreise Aurich (+ 1,5 ‰), Wesermarsch, Wittmund (beide + 0,4 ‰) und Goslar (+ 0,1 ‰) einen leichten Anstieg der Quoten verzeichnen.

Kreisfreie Städte mit besserem Trend

Die kreisfreien Städte – gerade sie sollten untereinander verglichen werden – gehören neben fünf Landkreisen zur

9) Vgl. Gensicke, Thomas/Sabine Geiss: Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Niedersachsen 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der repräsentativen Erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag der Niedersächsischen Staatskanzlei. TNS Infratest Sozialforschung, München 2010, S. 43 (http://www.freiwilligensurvey.de/doc/doc_download.cfm?uid=EB172169C2975CC8A58F4085B6817D94&&IRACER_AUTOLINK&&).

3. Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen 2001, 2006 und 2011 (Wahlarten insgesamt)

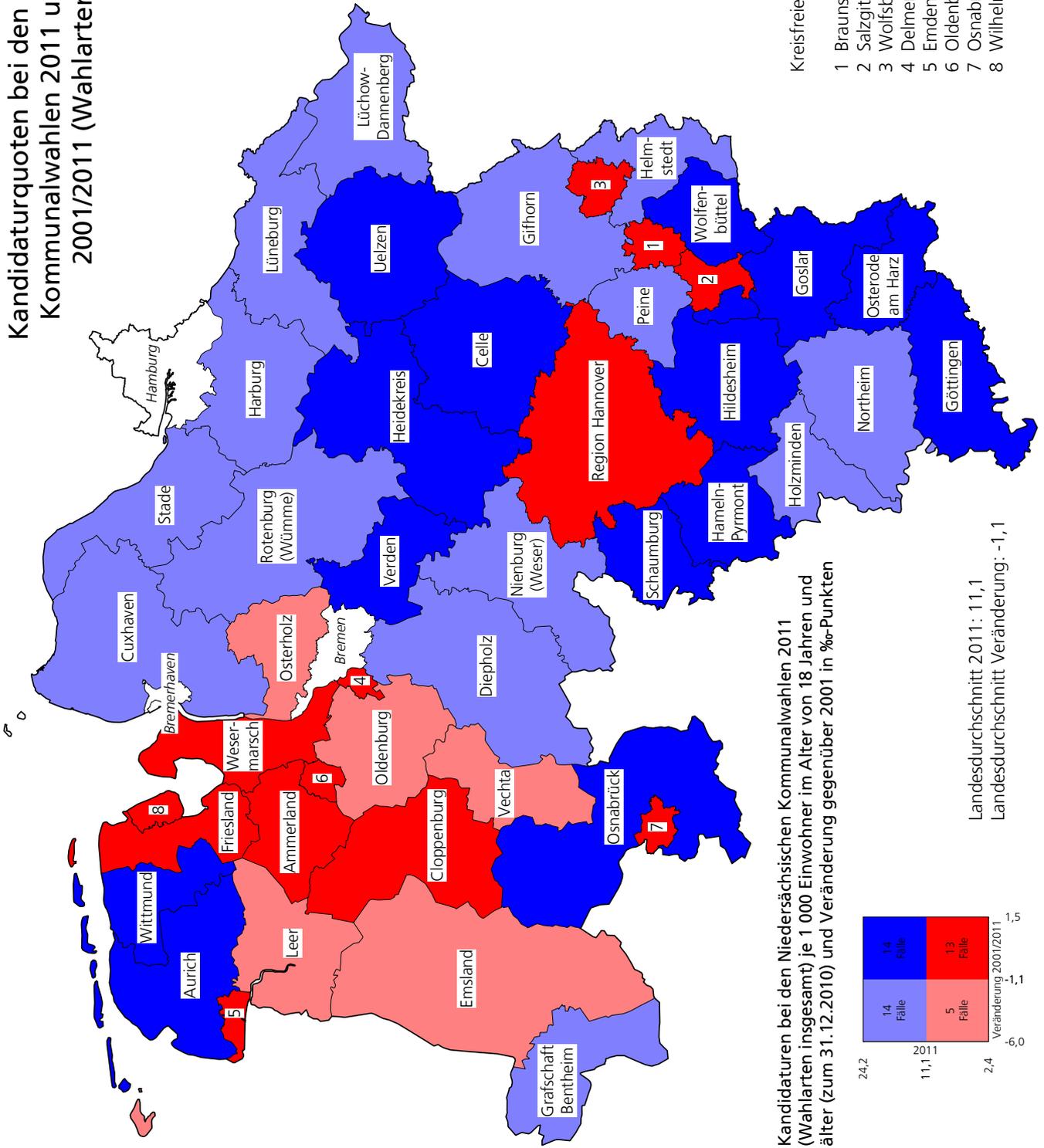
Kreisfreie Stadt Landkreis Statistische Region Land	2001		2006		2011		Veränderung 2001/2011	
	absolut	je 1 000 Einwohner im Alter von 18 Jahren und älter ¹⁾	absolut	je 1 000 Einwohner im Alter von 18 Jahren und älter ¹⁾	absolut	je 1 000 Einwohner im Alter von 18 Jahren und älter ²⁾	absolut	je 1 000 Einwohner im Alter von 18 Jahren und älter
							%	%-Punkte
Braunschweig, Stadt	926	4,5	882	4,2	1 032	4,9	+11,4	+0,4
Salzgitter, Stadt	675	6,7	507	5,8	542	6,4	-19,7	-0,3
Wolfsburg, Stadt	612	6,7	633	6,3	671	6,5	+9,6	-0,2
Gifhorn	2 249	16,8	2 103	15,2	2 035	14,6	-9,5	-2,2
Göttingen	3 370	15,5	3 197	14,7	3 139	14,4	-6,9	-1,1
Goslar	1 706	13,1	1 797	14,2	1 628	13,3	-4,6	+0,1
Helmstedt	1 582	19,6	1 440	18,0	1 382	17,7	-12,6	-1,9
Northeim	2 453	20,1	2 320	19,4	2 010	17,3	-18,1	-2,8
Osterode	1 123	16,1	1 092	16,1	1 004	15,3	-10,6	-0,8
Peine	1 715	16,2	1 639	15,2	1 581	14,7	-7,8	-1,4
Wolfenbüttel	1 887	18,5	1 880	18,4	1 869	18,5	-1,0	+0,0
Stat. Reg. Braunschweig	18 298	13,4	17 490	12,9	16 893	12,5	-7,7	-0,9
Region Hannover ³⁾	7 148	7,7	6 263	6,7	6 858	7,2	-4,1	-0,5
Diepholz	2 427	14,3	2 248	12,9	2 251	12,8	-7,3	-1,5
Hameln-Pyrmont	2 055	15,5	2 025	15,5	1 902	14,7	-7,4	-0,8
Hildesheim	3 478	14,6	3 301	13,9	3 233	13,7	-7,0	-0,9
Holzminden	1 523	23,3	2 786	44,1	1 055	17,2	-30,7	-6,0
Nienburg (Weser)	1 863	18,7	1 707	17,0	1 570	15,7	-15,7	-3,0
Schaumburg	2 241	16,7	2 210	16,4	2 100	15,7	-6,3	-0,9
Stat. Reg. Hannover	20 735	11,7	20 540	11,5	18 969	10,6	-8,5	-1,1
Celle	2 489	17,2	2 252	15,4	2 355	16,1	-5,4	-1,1
Cuxhaven	2 671	16,2	2 464	14,8	2 219	13,4	-16,9	-2,8
Harburg	3 017	16,0	2 762	14,1	2 990	14,8	-0,9	-1,2
Lüchow-Dannenberg	1 244	29,7	1 076	25,8	995	24,2	-20,0	-5,6
Lüneburg	2 040	15,0	1 928	13,5	1 971	13,6	-3,4	-1,5
Osterholz	986	11,1	938	10,3	808	8,8	-18,1	-2,3
Rotenburg (Wümme)	2 398	18,9	2 381	18,3	2 343	17,7	-2,3	-1,2
Heidekreis	1 348	12,0	1 286	11,2	1 300	11,4	-3,6	-0,6
Stade	2 281	15,0	2 169	13,8	2 064	12,9	-9,5	-2,1
Uelzen	1 366	17,2	1 291	16,4	1 260	16,1	-7,8	-1,1
Verden	1 335	12,7	1 373	12,8	1 271	11,7	-4,8	-1,0
Stat. Reg. Lüneburg	21 175	15,8	19 920	14,5	19 576	14,1	-7,6	-1,7
Delmenhorst, Stadt	242	3,9	267	4,3	226	3,7	-6,6	-0,3
Emden, Stadt	154	3,7	159	3,8	150	3,5	-2,6	-0,2
Oldenburg (Oldb), Stadt	247	1,9	277	2,1	330	2,4	+33,6	+0,5
Osnabrück, Stadt	380	2,8	355	2,6	338	2,4	-11,1	-0,3
Wilhelmshaven, Stadt	206	2,9	215	3,1	248	3,5	+20,4	+0,6
Ammerland	700	8,0	675	7,3	700	7,3	0,0	-0,7
Aurich	2 048	13,9	1 980	13,1	2 367	15,4	+15,6	+1,5
Cloppenburg	725	6,5	673	5,7	669	5,4	-7,7	-1,0
Emsland	2 897	12,5	2 622	10,7	2 624	10,4	-9,4	-2,0
Friesland	734	9,1	733	9,0	667	8,1	-9,1	-1,0
Grafschaft Bentheim	1 346	13,3	1 281	12,1	1 226	11,3	-8,9	-2,0
Leer	1 587	12,5	1 463	11,2	1 433	10,8	-9,7	-1,8
Oldenburg	939	9,8	857	8,6	830	8,0	-11,6	-1,7
Osnabrück	3 421	12,5	3 260	11,5	3 273	11,4	-4,3	-1,1
Vechta	630	6,5	581	5,7	570	5,3	-9,5	-1,2
Wesermarsch	646	8,7	648	8,7	677	9,1	+4,8	+0,4
Wittmund	861	19,1	853	18,4	911	19,5	+5,8	+0,4
Stat. Reg. Weser-Ems	17 763	9,3	16 899	8,5	17 239	8,6	-2,9	-0,7
Niedersachsen	77 971	12,2	74 849	11,5	72 677	11,1	-6,8	-1,1

1) Bevölkerung jeweils zum 31.12. des Wahljahres.

2) Bevölkerung zum 31.12.2010. Bevölkerung zum 31.12. des Wahljahres liegt noch nicht differenziert nach Altersgruppen vor.

3) Die Stadt Hannover und der ehemalige Landkreis Hannover bilden seit 01.11.2001 die Region Hannover; bereits bei der Kommunalwahl vom 09.09.2001 wurden beide als Region Hannover behandelt. Die Wahlen zum Rat der Stadt Hannover sind seither in der Wahlart Gemeinderäte enthalten, und die Regionsversammlung wird statistisch wie ein Kreistag behandelt.

Kandidaturquoten bei den Niedersächsischen Kommunalwahlen 2011 und Veränderung 2001/2011 (Wahlarten insgesamt)



dunkelroten Kartenklasse. Sie haben somit zwar im Vergleich aller Landkreise und kreisfreien Städte unterdurchschnittliche Quoten, sind stattdessen aber während der vergangenen drei Kommunalwahlen dem rückläufigen Gesamttrend einer Kandidaturbereitschaft nicht so stark gefolgt. In den kreisfreien Städten Wilhelmshaven (+ 0,6 ‰), Oldenburg (Oldb) (+ 0,5 ‰) und Braunschweig (+ 0,4 ‰) ist die Kandidaturquote moderat gestiegen. Gleichwohl liegen die Veränderungen im Vergleich der Jahre 2001 und 2011 insgesamt im Nachkommabereich von Promillepunkten und dürften in der kommunalen politischen Arbeit nicht spürbar sein. In der kreisfreien Stadt Wolfsburg ist die Anzahl der Bewerber um knapp 10 Prozent gewachsen – allerdings bei fast konstanter Kandidaturquote. Absolut gesehen nahm die Zahl der Wahlbewerber in Oldenburg mit 83 Personen bzw. + 33,6 Prozent am kräftigsten zu. Die Kandidaturquote stieg von 1,9 auf 2,4.

Die hellrote Kartenklasse umfasst fünf Landkreise im Westen / Nordwesten des Landes. In den Landkreisen Osterholz (2011: 8,8 ‰ / Veränderung - 2,3 ‰-Punkte), Emsland (10,4 ‰ / - 2 ‰-Punkte), Leer (10,8 ‰ / - 1,8 ‰-Punkte), Oldenburg (8 ‰ / - 1,7 ‰-Punkte) und Vechta (5,3 ‰ / - 1,2 ‰-Punkte) haben sich die Kandidaturquoten in den letzten zehn Jahren besonders rückläufig entwickelt, und im Jahr 2011 war die Zahl der Kandidaturen in Bezug auf die volljährige Bevölkerung unterdurchschnittlich.

Beachtliche Entwicklung in Holzminden und Lüchow-Dannenberg

Fünf Landkreise müssen schließlich besonders hervorgehoben werden (vgl. Tabelle 3). Dort ist die Kandidaturquote 2011 überdurchschnittlich hoch, obwohl sie in der letzten Dekade am stärksten gesunken ist. Hinzu kommen deutlich weniger absolute Kandidaturen gegenüber 2001. Im Landkreis Holzminden sank die Kandidaturquote um bemerkenswerte - 6 ‰-Punkte auf immer noch 17,2 Kandidaturen je 1 000 Einwohner ab 18 Jahren und im Landkreis Lüchow-Dannenberg um - 5,6 ‰ auf eine Quote von 24,2 ‰. Diese Entwicklung verlief analog in den Landkreisen Nienburg (Weser) (Rückgang um - 3 ‰-Punkte auf 15,7 ‰), Northeim (um - 2,8 ‰-Punkte auf 17,3 ‰) und Cuxhaven (um - 2,8 ‰-Punkte auf 13,4 ‰). Die absoluten Bewerberzahlen sinken in den betrachteten Kreisen bei Werten von - 15,7 Prozent (LK Nienburg (We-

ser)) bis - 30,7 Prozent (LK Holzminden). Erklärungen für diese enorme Veränderung des politischen Engagements von einem sehr hohen Niveau auf weiterhin überdurchschnittliche Zahlen müssen in den Inhalten und Strukturen der dortigen Kommunalpolitik gesucht werden. So könnten populäre Themen zu einer vorübergehenden Politisierung in Form von Wählergemeinschaften oder anderen kurzfristig ausgerichteten Wahlvorschlägen geführt haben. Umgekehrt kann der Rückgang eines solchen Engagements die Zahl der Kandidaten wieder erheblich mindern.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Das Engagement in der niedersächsischen Kommunalpolitik ist seit den neunziger Jahren rückläufig. Vor allem im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1996 stehen heute deutlich weniger Bewerber zur Wahl. Diese Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger wird anhand der *Kandidaturquote* gemessen: 11 von 1 000 Einwohnern im Alter von 18 Jahren und älter kandidierten im Jahr 2011 in Niedersachsen. Während noch immer drei Viertel der Wahlbewerber männlich sind, ist nur die Kandidaturquote der Frauen im Zeitraum der vergangenen vier Wahlen konstant geblieben: Es sind also eher die Männer, die sich von der *etablierten Politik* abwenden. Ein Regionalvergleich der Kandidaturquoten zwischen 2001 und 2011 verdeutlicht Quoten auf unterschiedlichem Niveau und mit verschieden starken Veränderungen: In den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten zeigt sich zwar ein Negativtrend; das politische Engagement in sämtlichen kreisfreien Städten ist trotzdem nur schwach rückläufig oder nimmt sogar leicht zu.

Die Zahl der Kandidaturen bei Kommunalwahlen ist ein Indikator für bürgerschaftliches Engagement, mit dem für Niedersachsen über die vergangenen fünf Wahlen (1991 bis 2011) langfristige Entwicklungen beobachtet werden können. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass sich die Ergebnisse und Veränderungen im Promillebereich bewegen.

Die Bürger sind damit aber nicht zwangsläufig weniger am Gemeinwesen interessiert. Vielmehr könnten andere, *unkonventionelle Formen politischer Beteiligung* (Bürgerbewegungen, Neue Medien) oder das *soziale Engagement* für einige an die Stelle der Parteienpolitik treten.